

Präsident: Dr. Eckart John von Freyend
 Direktor: Professor Dr. Michael Hüther
 Mitglieder: Verbände und Unternehmen
 in der Bundesrepublik Deutschland

Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, Jg. 36, 13. Mai 2010

Leichtgewicht Griechenland

Griechenland hält das übrige Europa in Atem. Die Schuldenprobleme des Landes haben die Börsen gebeutelt und den Euro unter Druck gesetzt. Zur Stabilisierung der Lage haben die Eurostaaten und der Internationale Währungsfonds ein Hilfspaket im Umfang von 110 Milliarden Euro geschnürt. All dies ist umso bemerkenswerter, als Griechenland im Euroraum ökonomisch gesehen keineswegs ein Schwergewicht ist. Das hellenische Bruttoinlandsprodukt (BIP) machte im Jahr 2009 mit 237,5 Milliarden Euro nur 2,6 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung

aller Eurostaaten aus. Allein das BIP der Bundesrepublik war im vergangenen Jahr gut zehnmal so groß wie das griechische. Selbst verglichen mit manchem deutschen Bundesland steht das Land am Ägäischen Meer nur in der zweiten Reihe: Zwar leben dort mit 11,2 Millionen etwa ebenso viele Menschen wie in Baden-Württemberg, das „Ländle“ kommt aber mit 343,7 Milliarden Euro auf ein etwa 45 Prozent höheres Bruttoinlandsprodukt. Die nordrhein-westfälische Wirtschaft ist sogar mehr als doppelt so groß wie die griechische.

In dieser Woche

Ausländische Ingenieure: In der Bundesrepublik leben rund 1,7 Millionen ausgebildete Ingenieure im typischen Erwerbsalter bis 65 Jahre. Etwa 11 Prozent von ihnen sind Staatsbürger eines anderen Landes. Seite 2

Exporte & Importe: Der wieder dynamischere Export hat die deutsche Wirtschaft in den vergangenen Monaten langsam aus dem Krisental geholt. Seit dem ersten Quartal 2009 sind etwa die in der Industrie eingegangenen Auftragsbestände um 29 Prozent gestiegen. Doch das Niveau vor der Rezession ist noch lange nicht erreicht. Seite 3

Chancengleichheit: Es müssen noch viele Barrieren überwunden werden, damit mehr Frauen arbeiten gehen und so Karriere machen können. Viele große internationale Unternehmen unterstützen ihre Mitarbeiterinnen auf diesem Weg. Hier hat Deutschland noch Nachholbedarf. Seite 4-5

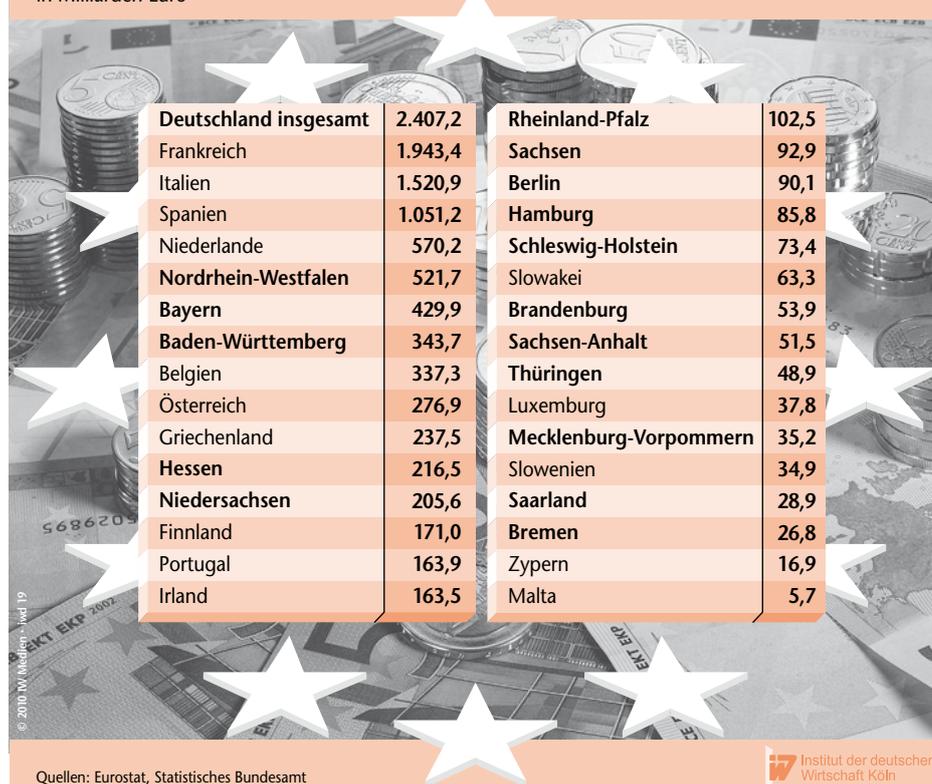
Klimapolitik: Deutschland will an seinem Ziel festhalten, bis 2020 seine Kohlendioxidemissionen um 40 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren. Doch die Unternehmen stehen diesem Ehrgeiz kritisch gegenüber, wie eine aktuelle Befragung von 178 Umweltexperten durch das Institut der deutschen Wirtschaft Köln zeigt. Seite 6

Insolvenzen: Im Jahr 2009 gingen 32.700 Unternehmen pleite, etwa 12 Prozent mehr als im Vorjahr. Doch der Höchststand aus dem Rezessionsjahr 2003 lag mit fast 40.000 Insolvenzen in weiter Ferne. Seite 7

Musikindustrie: Verantwortlich für die Umsatzrückgänge in der deutschen Musikindustrie sind in erster Linie illegale Musikdownloads aus dem Internet. Legale digitale Audioformate erweisen sich dagegen als echte Umsatzbringer. Seite 8

Wirtschaftsleistung: Bayern vor Belgien

Bruttoinlandsprodukt in den Euroländern sowie den deutschen Bundesländern im Jahr 2009 in Milliarden Euro



Deutschland insgesamt	2.407,2	Rheinland-Pfalz	102,5
Frankreich	1.943,4	Sachsen	92,9
Italien	1.520,9	Berlin	90,1
Spanien	1.051,2	Hamburg	85,8
Niederlande	570,2	Schleswig-Holstein	73,4
Nordrhein-Westfalen	521,7	Slowakei	63,3
Bayern	429,9	Brandenburg	53,9
Baden-Württemberg	343,7	Sachsen-Anhalt	51,5
Belgien	337,3	Thüringen	48,9
Österreich	276,9	Luxemburg	37,8
Griechenland	237,5	Mecklenburg-Vorpommern	35,2
Hessen	216,5	Slowenien	34,9
Niedersachsen	205,6	Saarland	28,9
Finnland	171,0	Bremen	26,8
Portugal	163,9	Zypern	16,9
Irland	163,5	Malta	5,7

Quellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Ausländische Ingenieure

Deutschland muss aktiver werden

In der Bundesrepublik leben rund 1,7 Millionen ausgebildete Ingenieure im typischen Erwerbsalter bis 65 Jahre. Etwa 11 Prozent von ihnen sind Staatsbürger eines anderen Landes. Für diese Fachkräfte war der Zugang zum Arbeitsmarkt bis vor kurzem stark eingeschränkt. Vor allem deshalb sieht es beim Thema Erwerbstätigkeit für die ausländischen Ingenieure schlechter aus als für ihre deutschen Kollegen.

Rafiq Azzam ist Professor für Ingenieur- und Hydrogeologie an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen und erforscht, ob sich Kohle in elektrische Energie umwandeln lässt, ohne die Umwelt zu belasten. Der in Jordanien geborene Wissenschaftler, der einst zum Studium nach Deutschland kam, ist einer von 188.000 hier lebenden Ingenieuren bis 65 Jahre, die eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzen.

Knapp jeder Zweite dieser Ingenieure ist Europäer, 22 Prozent sind Staatsbürger Russlands oder eines anderen Teilstaats der ehemaligen Sowjetunion, weniger als 10 Prozent stammen aus China oder der Türkei. Weitere 98.000 Ingenieure mit nur der deutschen Staatsangehörigkeit haben diese im Laufe ihres Lebens durch Einbürgerung oder als Spätaussiedler erhalten.

Unterm Strich besitzen 17 Prozent der rund 1,7 Millionen hiesigen Ingenieure im Erwerbsalter eine ausländische Staatsangehörigkeit oder haben diese gegen einen deutschen Pass eingetauscht.

Diese multikulturelle Zusammensetzung der Ingenieurzunft hat Tradition. Bereits an den Hochschulen trifft sich eine bunte Schar – in den ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen liegt der Anteil ausländischer Studenten bei 15 Prozent, in der Elektrotechnik sogar bei 22 Prozent. In den anderen Fächern kommen im Schnitt lediglich rund 11 Prozent der Studenten aus dem Ausland.

Etwa 80 Prozent der ausländischen Ingenieurstudenten haben ihre Hochschulzugangsberechtigung in ihrer Heimat erworben. In der Vergangenheit haben sie nach Abschluss ihres Studiums Deutschland auch wieder verlassen – oder aufgrund restriktiver Arbeitsmarktregulierungen wieder verlassen müssen.

Von den hochqualifizierten Fachkräften „made in Germany“ haben dann die Heimatländer profitiert – oder aber Staaten, die es den Ingenieuren mit ihrem Zuwanderungsrecht leichter machen, sich niederzulassen, wie etwa Kanada, die USA und Australien. Hierzulande wurden die Arbeitsmarktregulierungen erstmals Ende 2007 etwas gelockert, zunächst jedoch nur für Ingenieure des Maschinen- und

Fahrzeugbaus und der Elektrotechnik aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten.

Nicht zuletzt die Regulierungen waren dafür verantwortlich, dass ausländische Technik-Experten in der Bundesrepublik trotz sehr guter Arbeitsmarktchancen seltener einem Job nachgingen als ihre deutschen Kollegen (Grafik):

Im Durchschnitt waren 2007 in Deutschland gut 85 Prozent aller Ingenieure erwerbstätig; von den Ingenieuren mit ausschließlich ausländischer Staatsangehörigkeit jedoch nur knapp 71 Prozent.

Deutlich geringer fielen die Unterschiede aus, wenn die Technikexperten eingebürgert waren oder eine mehrfache Staatsangehörigkeit besaßen.

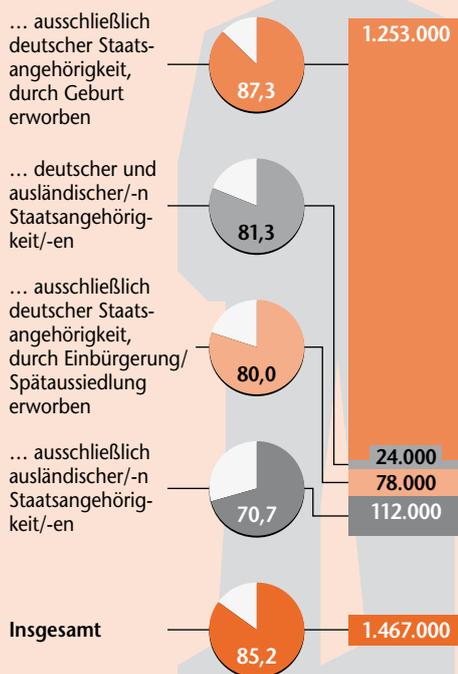
Mittlerweile wurden die Arbeitsmarktregulierungen für hochqualifizierte Arbeitskräfte weiter gelockert. Dies dürfte es den ausländischen Ingenieuren leichter machen, hier ihren Beruf auszuüben. Hinzu kommt, dass es schon länger nicht mehr genügend heimischen Nachwuchs gibt, um die altersbedingt aus dem Erwerbsleben ausscheidenden Ingenieure zu ersetzen, geschweige denn, um den zusätzlichen Bedarf zu decken (vgl. iwd 16/2010).

Um diese Engpässe so gering wie möglich zu halten, wird es allerdings kaum ausreichen, lediglich Regulierungen abzubauen. Deutschland muss vielmehr aktiver um die klugen Köpfe aus dem Ausland werben und ihnen bei der Integration helfen – etwa indem der Staat Sprachkurse anbietet und für eine einheitliche Anerkennung von mitgebrachten Kompetenzen und Abschlüssen sorgt.

Derartige Anstrengungen dürften sich lohnen: Gelänge es, die Erwerbstätigenquote der Ingenieure mit ausschließlich ausländischer Staatsangehörigkeit zumindest auf das Niveau ihrer Kollegen mit ausländischer und deutscher Staatsangehörigkeit zu heben, so stünden dem deutschen Arbeitsmarkt 16.700 zusätzliche Ingenieure zur Verfügung.

Ausländische Ingenieure: Ungenutztes Potenzial

So viel Prozent der Ingenieure im Alter bis 65 Jahre mit ... waren 2007 in Deutschland erwerbstätig



© 2010 IW Medien - iwd 19

Ursprungsdaten: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

iwd Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Exporte & Importe: Mühsame Aufholjagd

Vor allem der wieder dynamischere Export hat die deutsche Wirtschaft in den vergangenen Monaten langsam aus dem Krisental herausgeholt. Seit dem ersten Quartal 2009 sind etwa die **Auslandsaufträge in der Industrie um 29 Prozent gestiegen**. Doch das Niveau vor der Rezession ist damit noch lange nicht erreicht.

Die deutsche Wirtschaft bleibt auf Erholungskurs, wenngleich sie auf diesem Weg im Winterhalbjahr 2009/2010 nur wenig vorangekommen ist. Die bisherigen Fortschritte sind vor allem dem lebhafteren Auslandsgeschäft der Industrie zu verdanken.

Dieser Wirtschaftszweig wurde vom weltweiten Konjunkturerinbruch allerdings auch besonders stark getroffen – im Winterhalbjahr 2008/2009 war die Produktion um 20 Prozent eingebrochen. Immerhin lag der Output im ersten Quartal 2010 schon wieder um 6 Prozent über dem im ersten Vierteljahr 2009 erreichten Tiefpunkt. Um an das Fertigungsniveau vor der Krise heranzukommen, müssen die Industriefirmen allerdings ein weiteres Plus von fast 20 Prozent schaffen.

Auch der Blick auf die Auftragseingänge macht deutlich, was noch erforderlich ist, um an das vergangene Konjunkturoch anzuknüpfen. So lagen die Bestellungen aus dem Ausland im Verarbeitenden Gewerbe im ersten Quartal 2010 um 29 Prozent über dem Tiefstand des ersten Quartals 2009. Um den vorherigen Höhepunkt im letzten Vierteljahr 2007 zu erreichen, müssen die Auslandsorders aber um weitere 30 Prozent steigen. Anders ausgedrückt: Vom gesamten Rückgang der Aufträge ausländischer Kunden zwischen Ende 2007 und Anfang 2009 haben die deutschen Industrieunternehmen erst zwei Fünftel wettgemacht.

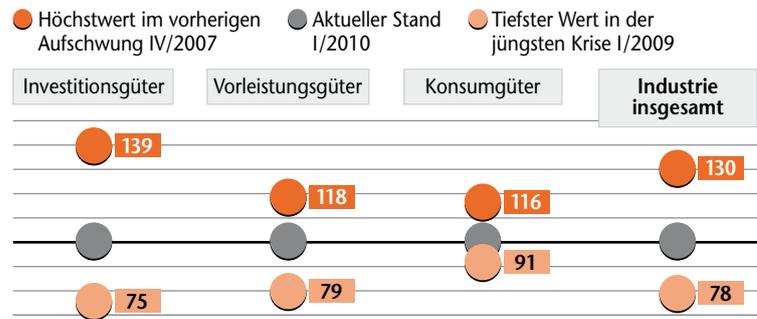
Besonders weit ist der Weg nach oben noch für die Hersteller von Investitionsgütern sowie Konsumgütern – vom krisenbedingten Absturz der Auslandsbestellungen sind bislang lediglich 39 bzw. 34 Prozent wieder aufgeholt.



Die Konjunktur

Auslandsaufträge: Auf dem Weg aus dem Krisental

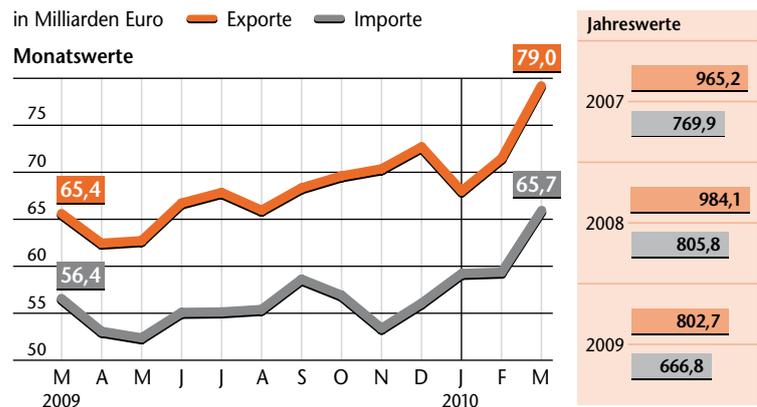
In der deutschen Industrie eingegangene Aufträge aus dem Ausland, 1. Quartal 2010 = 100



Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

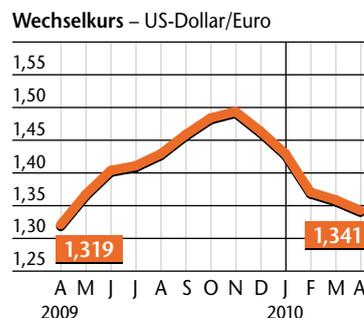
Deutscher Außenhandel



Außenhandel: nur Waren; saisonbereinigte Monatswerte
Quellen: Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Der Wert des Euro



Jahreswerte	4.1.1999	2008	2009
	1,179	1,471	1,395

Euro-Wechselkurse im April 2010	Veränderung in Prozent gegenüber ...	Veränderung in Prozent gegenüber ...	
		April 2009	Euro-Start 4.1.1999
1 Euro sind ...			
Dollar (USA)	1,341	1,6	13,7
Yen (J)	125,3	-3,8	-6,3
Franken (CH)	1,434	-5,3	-11,3
Pfund (UK)	0,875	-2,6	23,0
Kronen (S)	9,662	-11,2	2,0
Kronen (DK)	7,443	-0,1	-0,1

Monatsdurchschnitte; Ursprungsdaten: Deutsche Bundesbank, Europäische Zentralbank

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Chancengleichheit international

Viel erreicht und viel zu tun

Weltweit sind Frauen längst nicht mehr die Underdogs des Arbeitsmarkts. Zug um Zug ziehen sie in Aufsichtsräte von Unternehmen ein und übernehmen Führungspositionen. An Hochschulen stellen sie oft die Mehrheit der Hörer. Allerdings müssen noch viele Barrieren überwunden werden, damit Frauen überhaupt arbeiten gehen können und so die Chance bekommen, auf der Karriereleiter nach oben zu klettern. Viele internationale Firmen – vor allem große – unterstützen ihre Mitarbeiterinnen auf diesem Weg. In Deutschland könnte allerdings mehr getan werden.

Frauen stehen rund um den Globus noch nicht so häufig mit beiden Beinen im Erwerbsleben wie Männer – trotz aller Gleichstellungsbestrebungen. Und die Entwicklung verläuft eher schleppend. So sind heute weltweit knapp 52 Prozent aller Frauen im Alter von 15 bis 64 Jahren berufstätig; 1980 waren es mit 50 Prozent nicht viel weniger. Die Erwerbstätigenquote der Männer beträgt dagegen 78 Prozent. Dementsprechend

stellen Frauen nur 1,2 Milliarden von weltweit 3 Milliarden Erwerbstätigen. Die Voraussetzungen dafür, dass Frauen die Beschäftigungslücke schließen, sind eigentlich ganz gut. Denn sie haben in den vergangenen Jahrzehnten ihre Qualifikationen erheblich verbessert und in manchen Bereichen die Männer bereits überholt: Beispielsweise stellen sie in vielen europäischen Ländern die Mehrheit der Hochschulabsolventen. Auf dem

Arbeitsmarkt spiegelt sich das aber noch nicht wider.

Diesen Widerspruch nahm kürzlich das Weltwirtschaftsforum – World Economic Forum (WEF) – zum Anlass, die Unternehmen zu ermahnen, die weiblichen Potenziale besser zu erschließen und für die Wirtschaft nutzbar zu machen.

Wie weit der Prozess der Gleichstellung inzwischen vorangeschritten ist, hat das Weltwirtschaftsforum in zwei Studien ermittelt. In der ersten geht es um die Frage, wie Großunternehmen dafür sorgen, dass Frauen im Betrieb schneller in der Hierarchie vorankommen als heute. In der zweiten Studie belegt das WEF, dass Frauen auf vielen gesellschaftlichen Gebieten noch immer im Hintertreffen sind. Die Ergebnisse im Einzelnen:

Frauen in Führungspositionen

Die Bilanz fällt hier ziemlich mager aus. So sind der aktuellen WEF-Untersuchung zufolge in 600 Großunternehmen, die in der Studie befragt wurden, nur wenige Frauen in Chefpositionen vertreten (Grafik).

Lediglich 30 Unternehmen, das sind gerade einmal 5 Prozent, wurden 2009 von einer Frau geleitet.

Deutschland liegt mit einem Chefinnenanteil von 6 Prozent im Mittelfeld. In einem knappen Dutzend Länder hatte indes keines der befragten 600 Unternehmen einen weiblichen Chef.

Etwas besser sieht es bei den in Aufsichtsräten vertretenen Frauen aus. In Großbritannien sind in allen untersuchten Konzernen Frauen im Aufsichtsrat vertreten, in Deutschland nur in knapp jedem fünften Unternehmen.

Es gibt allerdings Signale, dass sich hierzulande und anderswo an der geringen Repräsentanz von Frauen in den Führungsetagen etwas ändert:

Zum Ersten waren immerhin die Personalleitungen der 600 Großunternehmen zu mehr als der Hälfte in weiblicher Hand.

Zum Zweiten sind viele Frauen schon auf Nachrückpositionen angekommen

Großunternehmen: Chefinnen selten

So viel Prozent der 600 befragten Großunternehmen hatten 2009 ...

	Frauen im Aufsichtsrat	Weibliche Unternehmenschefs	Mentoring und Netzwerkprogramme für Frauen
Vereinigtes Königreich	100	0	100
USA	90	0	100
Kanada	90	0	67
Frankreich	88	0	83
Norwegen	84	12	44
Spanien	79	9	21
Finnland	64	13	71
Belgien	62	0	77
Brasilien	59	11	34
Niederlande	55	0	81
Indien	51	0	69
Italien	50	11	42
Griechenland	47	0	41
Türkei	42	12	44
Schweiz	36	0	80
Japan	26	4	43
Mexiko	25	0	50
Tschechien	24	0	72
Österreich	20	4	34
Deutschland	17	6	81

Großunternehmen: mit 1.000 bis 30.000 Mitarbeitern; Mentoring: Erfahrene Mitarbeiterinnen beraten und unterstützen junge Kolleginnen bei der Karriereplanung; Netzwerkprogramme: Förderung des Erfahrungsaustausches zwischen Frauen in eigenen Runden; Quelle: Weltwirtschaftsforum 2010

– also im unteren oder mittleren Managementbereich.

Zum Dritten versuchen fast alle Unternehmen, durch verschiedene Maßnahmen den Frauenanteil in Führungspositionen zu erhöhen. Manche Konzerne haben sich auf Quoten verständigt, andere haben sich Zielgrößen gesetzt oder das Thema im Leitbild verankert. Von den befragten amerikanischen und britischen Unternehmen gehen alle einen solchen Schritt, von den niederländischen knapp zwei Drittel und von den kanadischen mehr als die Hälfte der Betriebe.

Rund 46 Prozent der deutschen Firmen versuchen auf diesen Wegen, den Anteil der weiblichen Führungskräfte zu erhöhen.

Am geringsten verbreitet sind Quoten, Zielgrößen oder Leitbilder in griechischen, italienischen, brasilianischen und mexikanischen Großunternehmen.

Als besonders erfolgreiche Förderungswege haben sich auch das Mentoring und Netzwerkprogramme erwiesen. Dabei werden junge Frauen von erfahrenen Kräften an die Hand genommen bzw. der Erfahrungsaustausch zwischen Frauen wird gefördert. Insgesamt 59 Prozent aller 600 befragten Unternehmen sind solchermassen aktiv. Die amerikanischen und britischen Unternehmen setzen alle dieses Instrument ein, die deutschen zu 81 Prozent.

Um Frauen überhaupt erst einmal den Einstieg ins Arbeitsleben zu ermöglichen bzw. ihnen den Berufsalltag zu erleichtern, ist eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf erforderlich – dabei helfen Betriebskindergärten, Auszeiten für die Kinderbetreuung und Wiedereinstiegsprogramme nach Familienpausen.

Die 600 befragten Großunternehmen tun auf diesem Gebiet einiges. Die Firmen setzen in den jeweiligen Ländern jedoch unterschiedliche Schwerpunkte:

Betriebskindergärten oder -krippen haben 39 Prozent der befragten

Gleichstellung: Skandinavien vorn

Bewertung von 134 Ländern zu Gleichheit und Ungleichheit von Männern und Frauen in den Bereichen Wirtschaft, Politik, Bildung und Gesundheit



Wirtschaft: Arbeitsmarktteilnahme von Frauen, Zahl der Frauen in Vorständen von Wirtschaftsunternehmen, Lohnunterschied und Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern; Politik: Präsenz von Frauen in Regierungen und Parlamenten; Bildung: Frauenanteil in Schulen und Universitäten, Analphabetenquote; Gesundheit: Lebenserwartung und Überlebenschancen von Frauen; Quelle: Weltwirtschaftsforum 2009

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Unternehmen. Französische Arbeitgeber verhalten sich hier besonders vorbildlich – in zwei von drei Firmen können Eltern ihre Sprösslinge mit in den Betrieb bringen und im Kindergarten abgeben. In Deutschland haben 45 Prozent der Konzerne solche arbeitsplatznahen Betreuungseinrichtungen. Das bedeutet einen Platz im Mittelfeld.

Wiedereinstiegsprogramme bieten 43 Prozent aller befragten Unternehmen. Deutsche Firmen führen dabei das Ranking mit 88 Prozent an, dicht gefolgt von den britischen Unternehmen und Finnland. Mexikanische Betriebe kennen solche Programme gar nicht.

Dass es trotz dieser Fördermaßnahmen weltweit so wenige Frauen in Führungspositionen gibt, führen die befragten Großunternehmen auf drei Ursachen zurück:

- In erster Linie behindern die jeweiligen gesellschaftlichen Vorstellungen und Normen den Aufstieg von Frauen in Führungspositionen. Es ist eben längst nicht in allen Ländern selbstverständlich, dass Frauen genau wie Männer arbeiten.
- Ein weiterer Grund sind die männlich dominierten oder patriarchalisch geführten Unternehmen, die den Frauen den Weg nach oben verbauen.
- Vielerorts fehlt es zudem an weiblichen Vorbildern, die als Führungspersonalitäten in der Öffentlichkeit bekannt sind und wahrgenommen werden.

Global Gender Gap Index

Das Weltwirtschaftsforum ermittelt seit 2006 in 134 Ländern, wie Frauen im Vergleich zu Männern in Wirtschaft, Politik, Bildung und Gesundheit abschneiden. Aus den Einzelwerten berechnet es dann den sogenannten Global Gender Gap Index (Grafik). Danach nehmen die skandinavischen Länder in puncto Gleichstellung seit Jahren immer die vorderen Plätze ein.

Im aktuellen Bericht von 2009 führt Island die Rangliste an; es folgen Finnland, Norwegen

und Schweden. Deutschland verschlechterte sich seit 2006 von Platz 5 auf Platz 12 – trotz zahlreicher Verbesserungen im wirtschaftlichen und politischen Bereich. Andere Länder haben jedoch noch mehr getan und dadurch Deutschland nach hinten gedrängt.

Vor allem Südafrika und Lesotho fallen unter den Top Ten auf: Beide Staaten haben zuletzt große Fortschritte gemacht. In Südafrika gelang es, mehr Frauen ins Berufsleben zu integrieren. Neue Ministerinnen und mehr weibliche Parlamentsabgeordnete wirkten sich ebenfalls positiv auf die Platzierung aus. Die Philippinen dagegen (Platz 9) verloren zuletzt drei Plätze; sie sind jedoch immer noch führend unter den asiatischen Ländern. Vor allem in der Wirtschaft und Politik besteht im Inselstaat noch Nachholbedarf.

Business Angels verleihen Flügel

Stichwort

Mehr Selbstständigkeit, mehr Innovationen, mehr junge Unternehmen – diese Ziele verfolgt unter dem Motto „Wir wollen mehr!“ das „Business Angels Jahr 2010“. Dazu aufgerufen hat das Business Angels Netzwerk Deutschland in Kooperation mit dem Bundeswirtschaftsministerium.

Der Hintergrund für die Initiative: Im Vergleich zu anderen hochentwickelten Industrienationen gibt es in Deutschland relativ wenige Gründungen. Nur bei den Start-ups in technologieintensiven Branchen übertrifft die Bundesrepublik Großbritannien und die USA: Jährlich kommen in diesem Segment auf 100 Firmen zwölf neue Unternehmen, auf der britischen Insel sind es nur sieben, in den Vereinigten Staaten sechs.

Wer ein Technologieunternehmen gründet, braucht auch viel Kapital. Dies scheitert jedoch oft am Kreditsachbearbeiter der Bank, dem das Risiko zu hoch ist, dass die neue Idee sich nicht verkaufen lässt und der Gründer den Kredit deshalb nicht bedienen kann.

Hier kommen die Business Angels ins Spiel – private Berater und Kapitalgeber. Im Durchschnitt erreichen einen Engel hierzulande jährlich knapp 14 ausformulierte Geschäftsideen. Im Mittel sind davon etwa drei Geschäftsideen so interessant, dass der Business Angel konkrete Beteiligungsgespräche führt. Gute Karten hatten bisher vor allem die Anbieter von Umwelttechnologien für den Energiesektor oder Hersteller neuer Materialien.

In der Regel können Gründer mit einer Minderheitsbeteiligung in Höhe von 50.000 bis 100.000 Euro über vier bis sieben Jahre hinweg rechnen. Dafür erwarten die Business Angels meist eine gute Rendite. Dennoch ist die Zusammenarbeit für junge Unternehmen oft rentabel: Sie profitieren nicht nur vom Geld der Engel, sondern auch von deren Wissen und Erfahrung. Denn meist waren diese selbst einmal als Gründer gestartet.

Das „Business Angels Jahr 2010“ will die Business-Angels-Aktivitäten in der breiten Öffentlichkeit bekannter machen, mehr Menschen für ein Engagement als Business Angel begeistern und jungen Unternehmen Mut machen, diese privaten Helfer und Investoren anzusprechen, um in der Frühphase Kapital, Know-how und Kontakte zu finden.

Mehr Informationen zum „Business Angels Jahr 2010“ gibt es unter: www.business-angels-jahr-2010.de

Klimapolitik

Kostspieliger Ehrgeiz

Weder auf dem Kopenhagener Gipfel im Dezember noch beim „Petersberger Klimadialog“ vom 2. bis 4. Mai in Bonn wurden verbindliche internationale Klimaschutzregeln aufgestellt. Deutschland will zwar festhalten an seinem Ziel, bis 2020 seine Kohlendioxidemissionen um 40 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren. Doch die Unternehmen stehen diesem Alleingang kritisch gegenüber, wie eine aktuelle Befragung von 178 Umweltexperten durch das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) zeigt.

Die Europäische Union will bis 2020 ihre Treibhausgasemissionen um 30 Prozent gegenüber 1990 senken; die Bundesrepublik geht noch einen Schritt weiter – sie strebt an, den Ausstoß von Kohlendioxid (CO₂) hierzulande um 40 Prozent zu verringern. Doch wirklich verbindliche internationale Ziele gibt es nicht.

Somit setzt der deutsche Ehrgeiz die heimischen Unternehmen unter Druck, die hohen Umweltaforderungen zu erfüllen, während es die Konkurrenz im Ausland leichter hat. Können Firmen ihren CO₂-Ausstoß nicht reduzieren, müssen sie zusätzliche Zertifikate erwerben, mit denen sie ihre Emissionen bezahlen. Sinkt jedoch die erlaubte Emissionsmenge, werden Zertifikate teurer. Energieerzeuger beispielsweise werden diese Belastungen auf die Preise überwälzen. Vor allem aufgrund steigender Kosten betrachtet die Wirtschaft die aktuelle Klimapolitik skeptisch:

Fast 60 Prozent der befragten Umweltexperten aus Unternehmen und Wirtschaftsverbänden glauben, dass ihre Unternehmen durch das deutsche Vorpreschen international an Wettbewerbsfähigkeit verlieren werden.

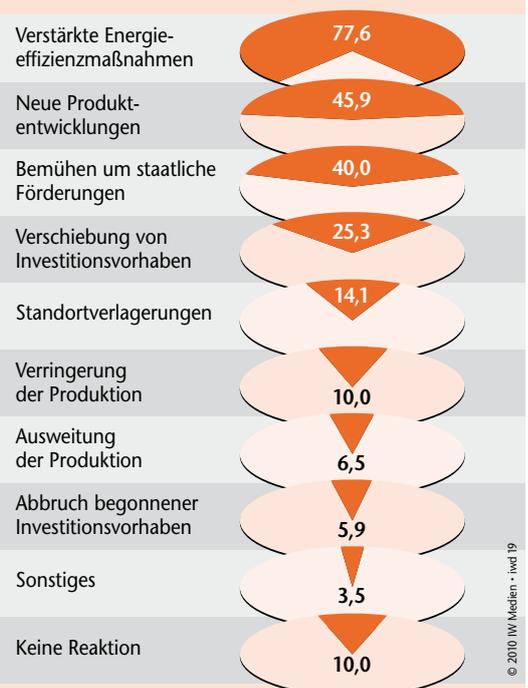
Ein wesentlicher Grund hierfür ist, dass viele Betriebe zusätzliche Kosten schultern müssen, um auf eine noch energiesparendere Produktion umzustellen (Grafik):

Rund 78 Prozent der Umweltexperten geben an, dass ihre Unternehmen auf weitere Energieeffizienzmaßnahmen setzen wollen, wie etwa die Nutzung von Restwärme aus thermischen Prozessen oder die energetische Gebäudesanierung

Das Problem dabei: Viele Vorhaben dürften sehr kostspielig werden. Denn die kostengünstigeren Projekte haben die Unternehmen vielfach bereits in der Vergangenheit umgesetzt.

Klimapolitik: Deutscher Alleingang wird teuer

Auf dem Klimagipfel in Kopenhagen im Dezember des vergangenen Jahres verpflichtete sich Deutschland, seine Kohlendioxidemissionen bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren. Die Europäische Union selbst ließ sich nur auf eine Minderung um 30 Prozent ein. Somit müssen deutsche Unternehmen mehr investieren, um CO₂ zu sparen, als ihre Konkurrenten in der übrigen EU. So viel Prozent der Experten aus Unternehmen und Wirtschaftsverbänden gehen von diesen Reaktionen der Wirtschaft auf die deutsche Reduktionsverpflichtung aus



Mehrfachnennungen; Befragung von 178 Umweltexperten im März 2010
Quelle: IW-Umweltexpertenpanel

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Insolvenzen

Mit einem blauen Auge davongekommen

Für 2009 rechneten Experten mit einem rasanten Anstieg der Unternehmensinsolvenzen. Tatsächlich gingen auch 32.700 Unternehmen pleite – etwa 12 Prozent mehr als 2008. Damit fiel die Zunahme zwar spürbar, aber nicht verheerend aus: Der Höchststand aus dem Rezessionsjahr 2003 mit fast 40.000 Insolvenzen liegt in weiter Ferne.

In der jüngsten Wirtschaftskrise meldeten mit dem Versandhändler Quelle, dem Chipfabrikanten Qimonda und weiteren Schwergewichten ungewöhnlich viele große Firmen Insolvenz an. Dennoch dominierten auch 2009 die Pleiten mittelständischer Betriebe, wodurch sich die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt in Grenzen hielten: Die Wirtschaftsauskunftei Creditreform schätzt, dass 521.000 Jobs durch Insolvenzen verloren gingen oder durch laufende Insolvenzverfahren noch auf der Kippe standen – gegenüber 2008 waren das 17 Prozent mehr.

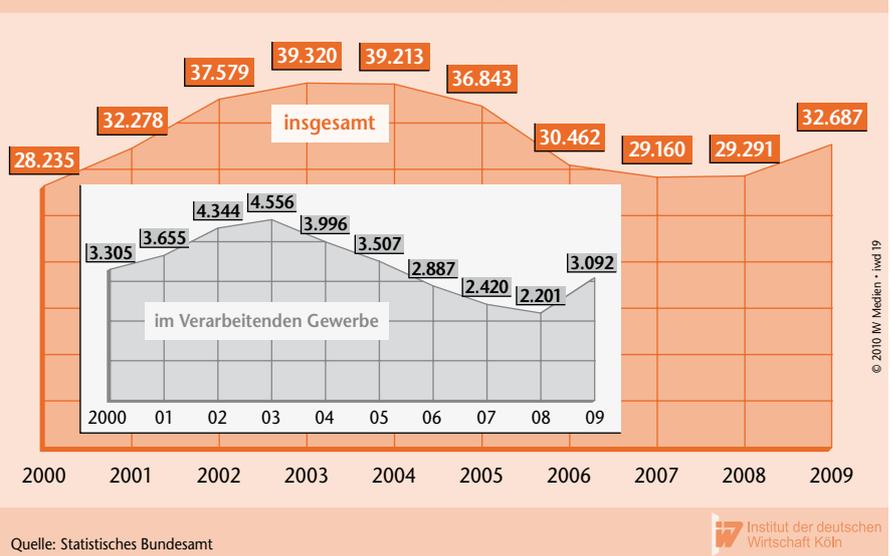
Dass die Großunternehmen oft schon im ersten Halbjahr 2009 die Segel streichen mussten und nicht – wie viele Mittelständler – erst nach einer längeren Durststrecke, hat einen Grund: Es handelte sich fast ausschließlich um Firmen, die schon zuvor mit strukturellen Problemen zu kämpfen hatten. Die Finanzkrise war dann nur der Auslöser der Pleite, nicht die Ursache.

Regional entwickelte sich die Zahl der Insolvenzen in Deutschland sehr unter-

Insolvenzen im Branchenvergleich

Der Handel liegt im Branchenvergleich mit 6.700 Insolvenzen an der Spitze – allerdings stieg die Zahl hier mit 10 Prozent nicht so stark an wie in der Industrie. Im Bau gab es einen leichten Anstieg auf 5.400 Pleitefälle. Die Zahl der Pleiten im Verarbeitenden Gewerbe nahm 2009 um 40 Prozent auf knapp 3.100 zu. Allerdings waren während der letzten großen Krise im Jahr 2003 gegenüber heute fast 50 Prozent mehr Gänge zum Insolvenzrichter nötig – nämlich fast 4.600.

Insolvenzen: Kein Weltuntergang



schiedlich. So hat die Wirtschaft im Osten der Republik die Krise etwas besser gemeistert (Grafik):

Mit 6.300 ostdeutschen Firmen gingen 2009 nur knapp 10 Prozent mehr pleite als im Jahr davor – im Westen waren es hingegen mit 26.400 etwa 12 Prozent mehr als 2008.

Das schlechtere Abschneiden Westdeutschlands war nicht zuletzt Baden-Württemberg zuzuschreiben. Das Ländle musste unter den Flächenländern mit 29 Prozent den größten Anstieg auf 2.800 Fälle verkraften. Aber auch die beiden Stadtstaaten Bremen und Hamburg legten um jeweils rund ein Drittel zu.

In Mecklenburg-Vorpommern hingegen gab es sogar 4 Prozent weniger Pleiten, nämlich nur 485. Allerdings könnte sich die ungewisse Zukunft der maritimen Industrie nach der Insolvenz der Wadan-Werften in Rostock und Wismar für das Bundesland noch negativ bemerkbar machen. Zwar konnten die Standorte durch eine Übernahme erhalten werden, doch ob es angesichts der globalen Überkapazitäten im Schiffbau weiterhin ausreichend Aufträge geben wird, ist fraglich.

Dass das Verarbeitende Gewerbe und seine Kernregionen von der Krise besonders betroffen sind (Kasten), lässt sich in

der Insolvenzentwicklung nach Bundesländern nur bedingt ablesen – auch wenn der deutliche Anstieg der Insolvenzen im Südwesten und die günstigere Entwicklung im industriearmen Nordosten dies suggerieren. Denn es gibt auch Gegenbeispiele. So stieg in Nordrhein-Westfalen die Pleitezahl nur um 5 Prozent an, obwohl hier viele Industrieunternehmen ansässig sind, während der Zuwachs im industriearmeren Bundesland Sachsen-Anhalt sowie im Handels- und Dienstleistungszentrum Hamburg etwa 30 Prozent betrug.

Die Tatsache, dass Deutschland bei den rezessionsbedingten Insolvenzfällen bislang mit einem blauen Auge davongekommen ist, sollte zudem nicht überbewertet werden. Denn einige Unternehmen mussten bereits auf ihre Reserven zurückgreifen.

Außerdem besteht weiterhin die Gefahr einer Kreditklemme: Zumindest Firmen mit wenig Eigenkapital dürften kaum mit einem Entgegenkommen ihrer Bank rechnen, wenn sie in nächster Zeit höhere Kredite oder längere Laufzeiten beantragen. Entsprechend hinkt die Zahl der Insolvenzen der wirtschaftlichen Entwicklung hinterher. Trotz Aufschwung wird die Zahl der Pleiten deshalb 2010 voraussichtlich noch einmal ansteigen.

Musikindustrie

Piraten auf dem Rückzug

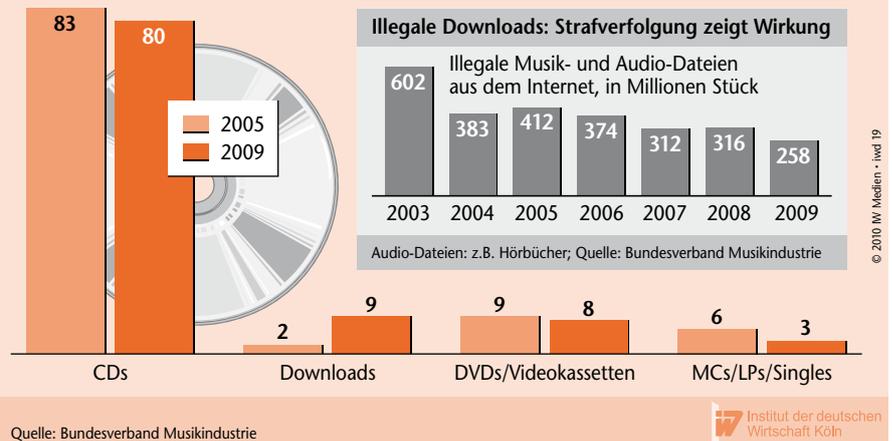
Die deutsche Musikindustrie verzeichnet seit Jahren drastische Umsatzrückgänge. Verantwortlich dafür sind in erster Linie illegale Musikdownloads aus dem Internet. Allerdings erweisen sich digitale Audioformate zunehmend auch als echte Umsatzbringer: Jeder elfte Euro wird bereits mit kostenpflichtigen Downloads erzielt.

Der technische Fortschritt hat der deutschen Musikindustrie ziemlich zugesetzt: So sanken die Gesamteinnahmen aus dem Verkauf von Tonträgern wie CDs, DVDs, Platten und Downloads von rund 2,2 Milliarden Euro im Jahr 2002 auf 1,53 Milliarden Euro im Jahr 2009. Dies entspricht einem durchschnittlichen jährlichen Minus von 5 Prozent.

Hauptgrund für diesen Einbruch ist das illegale Herunterladen von Musiktiteln in Internetaustauschbörsen. Der Schaden, der durch rechtswidrige Downloads und Privatkopien verursacht wird, ist beträchtlich: Allein im vergangenen Jahr hatten die geklauten Musikdateien einen Wert von rund 4 Milliarden Euro. Da für 10 bis 25 Prozent dieser illegalen Downloads bei den betreffenden Personen eine ausreichende Zahlungsbereitschaft bestanden hätte, um die Songs auch legal zu erwerben, sorgte die Musikpiraterie im Jahr 2009 hierzulande für Umsatzeinbußen zwischen 400 Millionen und 1 Milliarde

Musikbranche: Downloads im Kommen

So viel Prozent des Gesamtumsatzes von Musikmedien entfielen auf ...



Euro. Dem Staat entgingen auf diese Weise zwischen 80 und 200 Millionen Euro Mehrwertsteuereinnahmen.

Das Phänomen des Musikklaus ist allerdings nicht neu. In der analogen Welt kamen auf jede verkaufte Langspielplatte zwei kopierte Musikkassetten. Heutzutage liegt das Verhältnis von verkauften zu illegal erworbenen Downloads in Deutschland in etwa bei 1:5. Damit gibt es zwar deutlich mehr Raubkopien als früher, doch im europaweiten Vergleich hat die Bundesrepublik trotzdem die niedrigste Pirateriequote. Das hat im Wesentlichen zwei Ursachen:

- Eine Reihe von **Gesetzesänderungen** in den vergangenen Jahren hat die Rechte der Musikbranche deutlich gestärkt. So müssen zum Beispiel Internetprovider seit 2008 der Polizei bei dem Verdacht auf illegale Downloads in großem Stil verbindlich Auskunft über den Nutzer hinter der ermittelten IP-Adresse erteilen. Die konsequente Verfolgung von Musikpiraten zeigt Wirkung (Grafik):

So ging die Zahl der illegalen Musikdownloads von 602 Millionen im Jahr 2003 auf zuletzt 258 Millionen zurück.

- Mehr **Wettbewerb** hat den Konsumenten nicht nur mehr Auswahl, sondern

auch günstigere Preise beschert. Während in vielen Ländern mit iTunes ein einziger Anbieter den Markt für digitale Musik dominiert, können die Verbraucher in Deutschland mittlerweile aus über 40 Internetangeboten den gewünschten Hörgenuss wählen. Das hat auch die Preise purzeln lassen – zwischen 2005 und 2009 sanken die Gebühren für Musikdownloads um 17 Prozent.

Den meisten Umsatz erzielt die Musikbranche allerdings nicht im Netz, sondern mit dem Verkauf von CDs:

Mit einem Umsatzanteil von 80 Prozent bildeten die silbernen Scheiben 2009 nach wie vor das Rückgrat der heimischen Musikindustrie.

Der Anteil der Downloads betrug zuletzt 9 Prozent – das entspricht einem Umsatz von knapp 120 Millionen Euro. Weitere 15 Millionen Euro erzielte die Branche 2009 mit dem Verkauf von mobilen Inhalten wie beispielsweise Handy-Klingeltönen. Da der Downloadanteil insgesamt jährlich um rund 30 Prozent wächst, dürften die Erlöse aus dem Digitalgeschäft aber künftig kräftiger sprudeln. Der Fluch der digitalen Musikformate könnte sich dann endlich als ein wahrer (Geld-)Segen für die Branche erweisen.

Für Adressaufkleber